

PRESSESPIEGEL

Am 17. September 2020 berichtet die Süddeutsche Zeitung über die Gründung des neuen Else-Frenkel-Brunswik-Instituts an der Universität Leipzig. „Mit der Namensgebung wollen die Wissenschaftler an die von Frenkel-Brunswik mitbegründete Tradition der Vorurteilsforschung anknüpfen“, heißt es in der Meldung.

Im Dezember 2020 spricht die Wochenzeitung der Freitag mit der Sozialpsychologin und EFBI-Wissenschaftlerin Clara Schließler darüber, warum in Krisenzeit wieder der „Ruf nach dem ‚starken Mann‘“ laut werde. Schließler sieht autoritäre Bedürfnisse als Grund. Den Wunsch, sich auf der Suche nach Schutz „freiwillig einer Autorität“ zu unterwerfen, fände man in allen Teilen der Gesellschaft, sagt sie gegenüber der Zeitung.

Im Januar 2021 berichten u.a. der Deutschlandfunk, der Mitteldeutsche Rundfunk, das Redaktionsnetzwerk Deutschland und der Spiegel über neue Erkenntnisse über von einem EFBI-Team ausgewertete Daten. Bei der Welt heißt es: „Laut einer neuen Studie sind insbesondere Anhänger der AfD empfänglich für Verschwörungserzählungen rund um die Corona-Pandemie.“ Die Wochenzeitung Die Zeit schreibt außerdem: „Das Wissenschaftsteam unter Leitung des Sozialpsychologen Oliver Decker warnte davor, Bedeutung und Gefahren von Verschwörungserzählungen zu unterschätzen.“

In den Tagesthemen äußert sich der stellvertretende EFBI-Institutsleiter Johannes Kiess am 26. Januar 2021 zum Beschluss des Verfassungsschutzes für eine Beobachtung der Partei Alternative für Deutschland: „Die Entscheidung war überfällig“.

Der EFBI-Sozialwissenschaftler Marius Dilling sprach am 28. März 2021 mit der Leipziger Internet Zeitung über die Entstehung von Verschwörungsmentalitäten in Krisenzeiten. Dabei erklärt er, dass Verschwörungsideologien in der Lage sind, Brücken zwischen verschiedenen Gruppen zu bauen – zum Beispiel zwischen extremen Rechten und bürgerlichen Milieus. Das hätten die Coronaproteste gezeigt. Sein Fazit: „Grund zur Gelassenheit sehe ich leider nicht.“

Am 8. April war EFBI-Sozialpsychologin Julia Schuler zu Gast bei der Sendung ZDF Magazin Royale von Jan Böhmermann. Dort erklärte sie, dass das Problem des Rechtsextremismus in Sachsen von Politik und Behörden verleugnet worden sei. Es sei unterschätzt und abgetan worden. „Das hat ein Klima geschaffen, in dem es rechts-extreme Akteure relativ einfach hatten und es attraktiv gemacht wurde, Strukturen aufzubauen.“

„Wir haben in Sachsen nicht mehr Rechtsextreme, aber sehr gut organisierte“, sagte EFBI-Leiter Oliver Decker gegenüber dem Deutschlandfunk am 20. Mai. Auch deshalb sei es ihnen möglich, die Corona-Protteste für sich zu nutzen.

Der stellvertretende Direktor des Instituts Johannes Kiess teilte am 21. Mai dem Leipziger Stadtmagazin kreuzer mit, dass „antisemitische Narrative und Vorurteile generell sehr weit verbreitet sind, durch alle Bevölkerungsschichten hindurch“.

Im Juni äußert sich Oliver Decker gegenüber MDR Aktuell zu den umstrittenen Aussagen von Marco Wanderwitz, Ostbeauftragter der Bundesregierung, der sagte, einige Menschen seien so „Diktatur-sozialisiert“, dass sie auch nach 30 Jahren nicht in der Demokratie angekommen seien. „Nein, es ist nicht nur diese DDR-Erfahrung“, entgegnete Decker dem. Die Leipziger Autoritarismus Studien haben gezeigt, dass auch junge Ostdeutsche die AfD wählen. Decker befürchtet sogar, dass die Radikalisierung junger Ostdeutscher tendenziell stärker werden könnte, wenn man einfach glaube, das Problem wachse sich aus. Seiner Meinung nach braucht es strukturelle Auseinandersetzung mit dem Thema.

Zum zweiten EFBI-Policy Paper über extrem antidemokratische Strukturen in Chemnitz schreibt die Leipziger Zeitung am 10. Juli: „Wirft man einen Blick in das mittlerweile zweite Strategiepapier des Instituts, wird schnell klar, dass sich die Erkenntnisse über die rechtsextreme Szene in Chemnitz auch auf andere sächsische Regionen übertragen lässt.“ Was nach einer aussichtslosen Spirale klinge, werde im Strategiepapier durch konkrete Handlungsanweisungen durchbrochen.

IMPRESSUM

Gesamtkoordination, Redaktion:
Pia Siemer, Tilman Meckel
Gestaltung: Markus Dreßen
Redaktionsschluss: 30. April 2021
Fotonachweise: S. 7: Pia Siemer, S. 8: Marta Fischler,
S. 10: Kulturbüro Sachsen
Druck: Merkur Druck, Leipzig



Das Projekt wird finanziert durch Mittel auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushalts.



UNIVERSITÄT
LEIPZIG
Research Centre Global
Dynamics | ReCentGlobe

NEWS LETTER

E L S E
F R E N K E L -
B R U N S W I K
I N S T I T U T

FÜR DEMOKRATIEFORSCHUNG IN SACHSEN
AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

KONTAKT

PIA SIEMER
T: +49 341 97-37892
M: PIA.SIEMER@UNI-LEIPZIG.DE

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Die größte Bedrohung der Demokratie ist der Rechtsextremismus, sagte kürzlich Generalbundesanwalt Peter Frank. Das Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung in Sachsen widmet sich dieser und anderen antidemokratischen Tendenzen und unterstützt die Zivilgesellschaft dabei, die Demokratie mit Leben zu füllen. Dort wo Demokratie und Vielfalt gelebt wird, haben es Demokratiefinde besonders schwer. Zu unserer Arbeit gehört es, die Einstellungen und Tendenzen, die Demokratie und Zivilgesellschaft bedrohen, konkret zu benennen. Vor allem sind dies, das zeigen Einstellungsuntersuchungen wie Monitoring und staatliche Statistiken, Autoritarismus, Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus. In unserem ersten Policy Paper haben wir uns dem Zusammenhang zwischen Verschwörungsmentalität und Parteipräferenz sowie Antisemitismus gewidmet. Die Ergebnisse stellen wir in diesem Newsletter neben weiteren, bisher am EFBI gestarteten Forschungsprojekten vor.

In einer kurzen Biografie über unsere Namensgeberin erfahren Sie zudem, an welche Forschungstraditionen der kritischen Sozialpsychologie wir anschließen möchten. Außerdem haben wir drei Fragen an Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Kulturbüros Sachsen, gestellt, um Ihnen einen Eindruck von der Zusammenarbeit mit unseren zivilgesellschaftlichen Partnern zu vermitteln. Im Interview sprechen zudem Institutsleiter Prof. Dr. Oliver

Decker und die Sozialpsychologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin Clara Schließler über die besonderen Herausforderungen für die sächsische Zivilgesellschaft und erklären, warum der Begriff Extremismus in der Forschung keine große Rolle spielt. Dazu stellen wir Ihnen unsere verschiedenen Forschungsprojekte vor. Außerdem geben wir Ihnen einen Überblick der bisherigen Presseberichterstattung über das EFBI sowie der kommenden Veranstaltungen.

Herzliche Grüße,
Oliver Decker, Johannes Kiess

INHALT

01 EDITORIAL

02 ÜBER DAS ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUT

03 AKTUELLES

04 ÜBER DIE FORSCHUNG

PROJEKT ANTIFEMINISMUS IM ERZGEBIRGE

05 PROJEKT ZIVILGESELLSCHAFT IN WURZEN

PROJEKT RADIKALER ISLAM VS. RADIKALER ANTI-ISLAM

06 INTERVIEW MIT OLIVER DECKER & CLARA SCHLISSLER

08 NAMENSGEBERIN ELSE FRENKEL-BRUNSWIK

10 3 FRAGEN AN... GRIT HANNEFORTH

11 BERATUNGSANGEBOTE AM EFBI

12 PRESSESPIEGEL

IMPRESSUM

ÜBER DAS ELSE-FRENKEL-BRUNSWIK-INSTITUT

Das an der Universität Leipzig angesiedelte Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) erforscht und dokumentiert demokratiefeindliche Einstellungen, Strukturen und Bestrebungen in Sachsen und berät darauf aufbauend Zivilgesellschaft und Politik.

Das Else-Frenkel-Brunswik-Institut wurde im Herbst 2020 gegründet, um die demokratisch engagierte Zivilgesellschaft in Sachsen zu unterstützen. Demokratische Initiativen in Sachsen sehen sich mit vielfältigen Problemen konfrontiert – dazu gehören fehlende finanzielle Mittel sowie Angriffe und Bedrohungen von Rechten. Gleichzeitig mangelt es auch an einem gemeinsamen Wissensstand über die Bedrohung der Demokratie durch Neonazis, Verschwörungsideologen oder Antifeministen.

Ziel der Arbeit des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts ist es, dem entgegenzuwirken, in dem es Wissenslücken über demokratiefeindliche Einstellungen, Strukturen und Bestrebungen in Sachsen bestimmt und durch Untersuchungen schließt. Das dabei gewonnene Wissen wird von den Forscherinnen und Forschern gezielt für zivilgesellschaftliche Gruppen aufgearbeitet und diesen zur Verfügung gestellt.

Im Mittelpunkt der Forschung stehen verschiedene Formen der Diskriminierung sowie die Strategien und Dynamiken antidemokratisch und autoritär motivierter Bündnisse. Forschungsfelder des EFBI sind die Einstellungsforschung, die Forschung in Konflikträumen sowie das Monitoring und die Dokumentation antidemokratischer Strukturen und Social-Media-Aktivitäten.

DIE ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN

Ein weiteres Ziel des EFBI ist es, zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure sowie Institutionen in seine sozialraumnahe, partizipative Forschung mit einzube-

ziehen. Beabsichtigt ist auch, zur Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure aktiv beizutragen. Neben der partizipativen Forschung bietet das EFBI dafür eine gezielte psychosoziale Beratung für Kommunen sowie zivilgesellschaftlich aktive Gruppen an. Damit sollen deren Fähigkeiten ausgebaut werden, um auf die Herausforderungen insbesondere durch gewaltbereite Personen, aber auch antidemokratischer Einstellungen in der Bevölkerung besser zu reagieren.

WISSEN IN DIE ÖFFENTLICHKEIT TRAGEN

Das EFBI berichtet regelmäßig in eigenen Publikationen, darunter ein Jahresbericht, regelmäßige Policy Paper sowie ein Newsletter, über die gewonnenen Erkenntnisse. Daneben werden Veranstaltungen und Veröffentlichungen in verschiedenen Medien genutzt, um über die Arbeit zu informieren und Debatten zu initiieren. Die Forscherinnen und Forscher des EFBI stehen Medien mit Ihrer Expertise gerne für Einordnungen zur Verfügung.

VERORTUNG AN DER UNIVERSITÄT LEIPZIG

Das EFBI ist als eigenständige Forschungseinheit gegründet worden und am Leipzig Research Center Global Dynamics (ReCentGlobe) administrativ angebunden. Geleitet wird das vom Freistaat Sachsen geförderte Institut vom bundesweit renommierten Sozialforscher Oliver Decker, der bereits seit 2002 die Leipziger Autoritarismus Studien durchführt.

AKTUELLES

AFD-WÄHLER GLAUBEN BESONDERS OFT AN VERSCHWÖRUNGSERZÄHLUNGEN

POLICY PAPER 2021-1

Eine Datenanalyse von EFBI Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern hat gezeigt, dass Verschwörungserzählungen bei AfD-Anhängerinnen und -Anhängern deutlich verbreiteter sind als bei den Befürwortern anderer Parteien. So glauben zwei Drittel der AfD-Parteigänger an Covid-19-bezogene Verschwörungserzählungen, unter Anhängern der Grünen kommen Verschwörungserzählungen hingegen am seltensten vor.

Für das erste EFBI-Policy Paper haben die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zusammen mit Prof. Dr. Elmar Brähler die Daten der im November 2020 erschienen Leipziger Autoritarismus Studie (LAS) einer vertieften Untersuchung unterzogen. Dabei stellten sie fest, dass es einen statistischen Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu Verschwörungsmentalität, der Parteipräferenz sowie der Selbstverortung auf einer Links-

Rechts-Skala gibt. Außerdem zeigt die Analyse, dass es einen eindeutigen Zusammenhang zwischen antisemitischen Aussagen und Verschwörungserzählungen, auch jenen, die den Corona-Virus thematisieren, gibt.

Für Institutsleiter Oliver Decker zeigt sich damit noch einmal, „dass die AfD ein großes Problem bei der Auseinandersetzung mit anti-modernen und antisemitischen Inhalten hat“. Dass Verschwörungserzählungen unter Befragten mit einer Präferenz für die Grünen am seltensten verbreitet sind, erklärt Elmar Brähler damit, dass der Partei „ein Großteil ihrer verschwörungsgläubigen Wählerinnen und Wähler abhandengekommen ist, wie schon ein paar Jahre vorher CDU/CSU und SPD einen großen Teil ihrer rechtsextrem eingestellten Anhängerschaft verloren haben. Sie haben bei der AfD ihre neue Heimat gefunden“.

AKTUELLES

EFBI TREIBT BUNDESWEITE RECHTSEXTREMISMUS- UND DEMOKRATIEFORSCHUNG VORAN

FORSCHUNGSVERBAND GEGRÜNDET

Gemeinsam mit drei weiteren Forschungseinrichtungen hat das EFBI einen Verbund für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung in den Bundesländern gegründet. Ziel des Verbundes ist es, Expertisen zu bündeln und den Erkenntnistransfer zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu fördern.

Das Else-Frenkel-Brunswik-Institut ist Mitgründer des neuen Verbunds der Forschungszentren für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung in den Bundesländern (VFRD). Zusammen mit dem Emil Julius Gumbel Forschungsstelle Antisemitismus und Rechtsextremismus (EJGF) an der Universität Potsdam, dem Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) an der HS Düsseldorf und dem Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena in Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung wurde der Verbund im Frühjahr 2021 gegründet. Dadurch entsteht erstmalig ein Zusammenschluss wissenschaftlicher Institutionen mit Schwerpunkt in der Rechtsextremismusforschung aus mehreren Bundesländern. Die Institute setzen sich insbesondere für den Erkenntnistransfer innerhalb der Forschung sowie zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft, Fachpraxis, Politik, Medien sowie der allgemeinen Öffentlichkeit ein. Ziel des Verbundes ist es, Expertisen zu bündeln und zu

vernetzen, Desiderate zu identifizieren, relevante Forschungsfragen im Verbund zu bearbeiten sowie der Politik und Zivilgesellschaft mit ihrer Expertise sowohl bei grundlegenden Planungen als auch kurzfristig bei aktuellen Entwicklungen zu beraten.

ÜBER DIE FORSCHUNG

DEMOKRATIE-FEINDLICHE EINSTELLUNGEN ERFORSCHEN

Die Forschung am Else-Frenkel-Brunswik-Institut setzt sich aus drei Feldern zusammen: der Einstellungsforschung, der Forschung in Konflikträumen und der Dokumentation antidemokratischer Netzwerke.

Das EFBI unterstützt mit seiner Forschung die sächsische Zivilgesellschaft. Es verfolgt dafür das Ziel, sämtliche Formen der Demokratiefindlichkeit zu erforschen und die sächsische Gesellschaft über autoritäre und antimoderne Themen, deren Verbreitung und Organisation, sowie über antidemokratische Bewegungen zu informieren. Die Forschung basiert dabei auf drei sich gegenseitig ergänzenden Feldern.

EINSTELLUNGSFORSCHUNG

Grundlage der Forschung sind bevölkerungsrepräsentative Erhebungen, die im festen Turnus durchgeführt werden. Hierfür schließen die Forscherinnen und Forscher des EFBI an die Leipziger Autoritarismus Studien an, einer bundesweiten Einstellungsuntersuchung im Zweijahresrhythmus. So sollen auf repräsentativer Basis Aussagen zur Verbreitung und Ausprägung antidemokratischer Einstellungen in Sachsen geboten werden und sie auch im Vergleich zur gesamten Bundesrepublik interpretiert werden.

FORSCHUNG IN KONFLIKTRÄUMEN

Das EFBI setzt auf eine sozialraumnahe, partizipative Forschung mit aktivierendem Schwerpunkt. Das bedeutet, dass zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure aus Sachsen als Expertinnen und Experten ihres Alltags bei

AUS DEN PROJEKTEN

ANTIFEMINISMUS IM ERZGEBIRGE

Das partizipative Forschungsprojekt zum Thema Antifeminismus im Erzgebirge untersucht die emanzipatorische Expertise der engagierten Zivilgesellschaft vor Ort ebenso wie die lokalen Herausforderungen.

Antifeminismus ist insbesondere in seiner Verbindung zum Rassismus und Antisemitismus eines der regional wie international zentralen Brückenthemen im aktuellen Rechtspopulismus und Rechtsterrorismus. Zugleich handelt es sich nicht alleine um ein Thema der extremen Rechten. Gerade wegen seiner Anschlussfähigkeit in die Breite der Bevölkerung können antifeministische Dynamiken, etwa die „Lebensschutzbewegung“ im Erzgebirge, als eine fundamentale Bedrohung des demokratischen Zusammenlebens begriffen werden. Zugleich verfügt die Zivilgesellschaft im Erzgebirge über eine bislang wenig beachtete Expertise im Umgang mit Antifeminismus. Engagierte vor Ort stellen Strukturen der Unterstützung

der Formulierung der Forschungsfragestellung einbezogen werden und die gewonnenen Erkenntnisse in einer kommunikativen Validierung mit ihnen überprüft werden. Ziel ist es, die Bedingungen demokratisch-politischen Handelns zu untersuchen, autoritäre Mobilisierungsstrategien zu analysieren, das Zustandekommen und die sozialpsychologische Funktion antimoderner Ideologien zu verstehen und die Handlungsfähigkeit der demokratischen Initiativen vor Ort zu erhöhen.

INTERNET-MONITORING UND DOKUMENTATION

Das Monitoring und die Dokumentation antidemokratisch motivierter Vorfälle stellt eine wesentliche Säule der Forschungsaktivitäten des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts dar. Das Monitoring bezieht sich dabei unter anderem auf den digitalen Raum. Ziel ist es, Rechtsextreme Netzwerke und Strukturen im Internet zu beobachten und zu erfassen. Im Fokus stehen dabei Social-Media-Aktivitäten von rechten Personen und Gruppierungen aus Sachsen.

Darüber hinaus werden landesweit Mobilisierungen und Netzwerke beobachtet, zum Beispiel die rechtsextreme Musikszene, die Kampfsportszene oder lokale Neonazistrukturen. Dafür werden Informationen aus der Zivilgesellschaft gebündelt. Die aus dem Monitoring und der Dokumentation gewonnenen Informationen werden lokalen Entscheidungsträgern, Initiativen und der breiten Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

von Frauen und LSBTIAQ+ zur Verfügung, entwerfen Forderungen und emanzipative Handlungsräume.

Das besondere Interesse des Forschungsprojekts liegt auf der Expertise, den Bestandsaufnahmen und Bedarfsanalysen der vor Ort engagierten Zivilgesellschaft. Es wird danach gefragt, welche Bedeutung antifeministische Dynamiken für die Freiheit von Lebensentwürfen, für Prozesse der Demokratisierung und der Emanzipation in der Region und darüber hinaus haben.

Auftakt des Forschungsprojekts wird ein Fachtag sein, bei dem wissenschaftliche, journalistische und zivilgesellschaftliche Perspektiven vorgestellt und diskutiert werden. So werden Forschungsfragen gemeinsam mit den Engagierten vor Ort (weiter-)entwickelt und innovative Ansätze sowohl für die Forschung als auch für die Zivilgesellschaft entwickelt.

AUS DEN PROJEKTEN

WURZEN – ZIVILGESELLSCHAFTLICHER AUFBRUCH AUF UMSTRITTEDEM TERRAIN?

Die Kreisstadt Wurzen in Nordsachsen hat als ein Zentrum der sächsischen Neonazi-Szene überregionale Bekanntheit erlangt. Seit den 1990er Jahren hat eine gewaltbreite Neonazi-Szene Wurzen den Ruf als rechtsextremes Zentrum in Sachsen eingebracht. Von außen betrachtet entsteht der Eindruck, dass eine extreme Rechte in der nord-sächsischen Stadt seit knapp 30 Jahren um die politische Hegemonie kämpft. Sie sind politisch, ökonomisch und kulturell fest im Sozialraum Wurzen verankert. Sie prägen diesen mit lokalen Geschäftsnetzwerken und subkulturellen Angeboten für Jugendliche und sind durch Parteienbündnisse auch im Stadtrat vertreten. Mit Übergriffen gegen Andersdenkende und Geflüchtete, aber auch breiteren Mobilisierungen zu Themen wie Migration oder Anti-Corona-Maßnahmen machen sie immer wieder Schlagzeilen. Dadurch drohen Angehörige der extremen Rechten Personen, Lokalpolitiker und Gruppierungen, die Themen der Stadtgesellschaft zu bestimmen und demokratische Prozesse zu blockieren. Dementgegen gibt es in Wurzen eine Reihe von Gruppen und Initiativen, die sich aktiv für das Zusammenleben in der Stadt enga-

gieren. Sie reicht von Demokratieinitiativen und alternativ-politischen Zusammenschlüssen über Stadtentwicklungsinitiativen und Fachnetzwerken bis hin zu lokalgeschichtlich und kulturell engagierten Vereinen.

EFBI-FORSCHUNG NIMMT ZIVILGESELLSCHAFT IN DEN BLICK

In unserer Forschung nehmen wir diese zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure in den Blick. Auf Grundlage von Gruppendiskussionen und Interviews sollen ihre Perspektiven auf die Stadt und ihr Engagement nachvollzogen, aber auch mögliche Schwierigkeiten und Widersprüche deutlich werden, welche die alltäglichen Erfahrungen prägen und den Aktiven vor Ort eine Reflexionsfläche bieten. Was bedeutet zivilgesellschaftliches Engagement auf einem Terrain, dass durch rechtsextreme Mobilisierung teilweise „vermint“ scheint? Wie prägt diese Erfahrung die Aktiven, wie gehen sie mit ihr um? Ziel ist es daher auch, zur Stärkung der demokratischen Kultur in Wurzen beizutragen.

AUS DEN PROJEKTEN

RADIKALER ISLAM VS. RADIKALER ANTI-ISLAM (RIRA)

Im Projektverbund RIRA werden gesellschaftliche Polarisierung und wahrgenommene Bedrohungen als Triebfaktoren von Radikalisierungs- und Co-Radikalisierungsprozessen bei Jugendlichen und Post-Adoleszenten untersucht. Dafür werden unter anderem Jugendliche in Leipzig befragt.

Das Forschungsprojekt RIRA untersucht empirisch gestützt gesellschaftliche Aspekte einer Radikalisierungsspirale, die bislang nicht im Zusammenhang betrachtet wurden, und erarbeitet auf der Basis dieser Ergebnisse Präventionsmaßnahmen für den Bildungsbereich. Die zentrale Forschungsfrage lautet: Welche kollektiven Interventionsansätze können bei der Radikalisierung und Co-Radikalisierung Jugendlicher und post-adoleszenter Musliminnen und Muslime ebenso wie bei Nicht-Musliminnen und Nicht-Muslimen identifiziert werden?

TEILPROJEKT AM ELSE-FRENKEL-BRUNSWICK-INSTITUT

RIRA ist ein Verbundprojekt an den Standorten Braunschweig, Duisburg, Leipzig und Osnabrück. Das Leipziger Projektteam unter der Leitung von Prof. Dr. Oliver Decker stellt sich die Unterfrage „Welche Dynamiken finden sich in den Bedingungen und der Bedeutung von Radikalisierung unter Einschluss der individuellen Sinn-

bzw. Bedeutungsstrukturen?“ und beschäftigt sich innerhalb des Projektverbundes RIRA vorrangig mit der Auswertung von quantitativem Datenmaterial (Primär- wie Sekundärdaten) sowie der Durchführung und tiefenhermeneutischen Auswertung von Gruppendiskussionen und Interviews. Darüber hinaus liegt ein weiterer Schwerpunkt auf der themenspezifischen Sekundärauswertung von Radikalisierung und Extremismus in den repräsentativen Bevölkerungsdaten der Leipziger Mitte Studien bzw. Leipziger Autoritarismus Studien seit 2002.

Das Projekt RIRA ist eines von vier Verbundprojekten, an denen das Else-Frenkel-Brunswik-Institut der Universität Leipzig zusammen mit anderen Forschungseinrichtungen beteiligt ist. Ziel der Forschung ist es, politische Einstellungen, Diskriminierung und sozialen Zusammenhalt in verschiedenen deutschen Großstädten zu untersuchen. In weiteren Projekten untersuchen die EFBI-Wissenschaftlerinnen und -Wissenschaftler soziale Konflikte in den Projekten „Konflikttraum Hamburg“ sowie für den „Berlin Monitor“ die Kämpfe um Anerkennung und Teilhabe innerhalb von Stadtgesellschaften.

INTERVIEW

„DIE GESELLSCHAFT IST NICHT VOM RAND AUS BEDROHT“

Im Interview sprechen EFBI-Direktor Prof. Dr. Oliver Decker und die Sozialpsychologin Clara Schließler über die Forschung am Else-Frenkel-Brunswik-Institut, besondere Herausforderungen für die sächsische Zivilgesellschaft und erklären, warum der Begriff Extremismus in der Forschung keine Rolle spielt.

Es gibt viele Forschungseinrichtungen in Sachsen und auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Demokratieforschung betreiben oder Extremismus untersuchen. Wozu braucht es das Else-Frenkel-Brunswik-Institut?

OLIVER DECKER: Es stimmt, dass es viele Kolleginnen und Kollegen gibt, die zu diesen Themen arbeiten, häufig arbeiten sie aber über viele Einrichtungen verteilt. In der Struktur des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts ist bereits angelegt, dass wir in einem interdisziplinären Netzwerk arbeiten und einen großen Wert auf den Wissenstransfer legen. Wir können an Erkenntnisse der Grundlagenforschung anschließen, überführen es in konkrete Fragestellungen und praxisrelevante Antworten für Sachsen und können damit gezielt auf aktuelle Entwicklungen reagieren.

CLARA SCHLIESSLER: Das besondere an der EFBI-Forschung ist, dass wir einerseits große repräsentative, quantitative Studien durchführen können, die wir dann andererseits mit einer sehr sozialraumnahen, qualitativ-sinnrekonstruktiven Forschung verknüpfen. Damit können wir einen in den Sozialwissenschaften oft geforderten Mixed-Method-Anspruch umsetzen.

Das Institut wurde nach der Sozialpsychologin Else Frenkel-Brunswik benannt. An welche Forschungstradition wollen Sie damit anschließen?

SCHLIESSLER: Else-Frenkel-Brunswik war eine jüdische Wissenschaftlerin und Psychoanalytikerin und auch eine der ersten Frauen, die zunächst in Österreich und später, nach ihrer Flucht vor dem Nationalsozialismus, in den USA eine akademische Karriere einschlagen konnte. Sie hat sich schon früh mit Fragen nach der Entstehung von Faschismus und Antisemitismus beschäftigt und zusammen mit Theodor Adorno und anderen Autoren das Standardwerk „Studien zum autoritären Charakter“ verfasst. Während Adorno sein Wissen als Kritischer Theoretiker einbrachte, wurde Frenkel-Brunswik eine Mitbegründerin der psychoanalytischen Sozialpsychologie. Und wie so oft ist gerade die Leistung der Gründerinnen in Vergessenheit geraten – das wollen wir ändern. Wir möchten sowohl an ihre Autoritarismusforschung wie auch an eine

kritische informierte Sozialpsychologie anschließen. Das bedeutet, dass wir Phänomene wie Rechtsextremismus, Verschwörungsmentalitäten und politischen Protest nicht aus einer individualpsychologischen Perspektive untersuchen, sondern dass wir den Fokus auf die Entstehungsbedingungen legen. Damit lenken wir den Blick immer wieder auf die Gesellschaft.

DECKER: Wir beziehen uns außerdem auf Else Frenkel-Brunswik, in dem wir an die von ihr bereits in Wien mitgeprägte Autobiografieforschung anknüpfen. Dabei steht im Fokus, wie Menschen ihre Lebensverläufe im Rückblick betrachten und verstehen. Es gibt das Sprichwort, dass das Leben mit Blick nach vorn gestaltet, aber erst im Rückblick verstanden wird. Das ist gerade mit Blick auf Sachsen und den hier stattgefundenen Transformationsprozessen eine wichtige Forschungsrichtung.

Das EFBI verfolgt einen sozialraumnahen Ansatz. Was bedeutet das für die Forschung?

SCHLIESSLER: Mit dem sozialraumnahen Ansatz gehen wir davon aus, dass Forschung nicht losgelöst werden kann von dem Kontext, in dem sie geschieht. Das heißt, dass wir einen Fokus auf das subjektive Erleben und die biografischen Erfahrungen von Menschen, mit denen wir sprechen, legen. Dazu können in Sachsen auch regionale Besonderheiten gehören, wie zum Beispiel Veränderungen durch einen wirtschaftlichen Strukturwandel.

DECKER: Wenn wir in repräsentativen Untersuchungen feststellen, dass autoritäre Dynamiken in der Bevölkerung vorhanden sind, dann müssen wir uns die Faktoren anschauen, die diese Entwicklungen begünstigen. Denn wir gehen davon aus, dass das Bedürfnis nach autoritären Lösungen nicht einfach so bei Menschen plötzlich besteht, sondern dass gesellschaftliche Entwicklungen dazu führen, dass viele Menschen diese Reaktion wählen. Und wir wollen erforschen, in welchen Kontexten die Arbeit von Gruppen stattfindet, die sich für die Ziele einer liberalen Demokratie einsetzen.

Das EFBI möchte die Aktivitäten rechtsextremer Gruppen und Personen dokumentieren und in ein Monitoring überführen. Was kann man sich darunter vorstellen? Was genau wollen Sie dokumentieren?

SCHLIESSLER: Ziel des Monitorings ist es, antidemokratische Netzwerke in Sachsen im Blick zu behalten und deren Entwicklung zu dokumentieren. Ein großer Teil der Mobilisierung durch Rechte ist in vergangenen Jahren ins Netz gewandert und findet digital statt, auch über Messengerdienste zum Beispiel.

DECKER: Wir wollen Informationen, die zugänglich sind, zusammentragen, um Themen, Organisationsformen und Aktivitätsfelder antidemokratischer Gruppen und Personen zu erfassen und Entwicklungsperspektiven benennen zu können.

Die Gründung des EFBI geht auf eine Initiative des sächsischen Justizministeriums zurück.

Wie beeinflusst das die Forschung des Instituts?

DECKER: Das Else-Frenkel-Brunswik-Institut hat einen starken regionalen Bezug zu Sachsen. Ich würde das als kritische Solidarität bezeichnen. Wir sind auf jeden Fall daran orientiert, die Mehrheit der Sachsen in ihren Bemühungen zur Stärkung der Demokratie zu unterstützen. Die Stärke eines an einer Universität angesiedelten Forschungsinstituts ist aber auch, dass wir unabhängig sind. Wir sind zwar durchaus auf Drittmittel in der Forschung angewiesen, aber in der Forschung selbst sind wir frei.

SCHLIESSLER: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts haben bereits seit vielen Jahren in anderen Forschungszusammenhängen gemeinsam gearbeitet. Wir haben uns nicht erst auf Initiative des Justizministeriums zusammengefunden. Durch diese Finanzierung wird aber eine Kontinuität dieser Arbeit ermöglicht.

Mit welchen besonderen Herausforderungen und Problemstrukturen sehen Sie die sächsische Zivilgesellschaft konfrontiert?

DECKER: Da geht es einmal um eine allgemeine Herausforderung, die wir mit allen ostdeutschen Bundesländern gemein haben: Wir haben bis heute nur zum Teil die Folgen des Mauerfalls verstanden. Im Grunde genommen ist damals kein Stein auf dem anderen geblieben. Die Menschen in Ostdeutschland hatten unterschiedliche Ressourcen, um damit umzugehen. Zudem wurden verschiedene politische Angebote an sie gemacht. Und da haben wir in Sachsen auch noch eine spezifische Herausforderung: Die rechtsautoritären Angebote sind lange Zeit von der Politik verleugnet worden. Das fängt an mit Kurt Biedenkopfs Einlassung, dass der Sachse per se immun gegen Rechtsextremismus sei. Erst seit vier, fünf Jahren wird vonseiten der Regierungspolitik darauf reagiert. Lange konnten sich die rechtsautoritären, antidemokratischen Bewegungen und Personen in ihren Handlungen bestärkt fühlen. Da denke ich zum Beispiel an die antimigrantischen Pogrome in Mügeln gegen indische Personen. Im nächsten Jahr war im Verfassungsschutz jedoch von einem „indischen Extremismus“ die Rede. Da hat offensichtlich eine Täter-Opfer-Umkehr stattgefunden. Dieses Phänomen hat lange Zeit den Alltag in Sachsen mitgeprägt und die rechtsextremen Strukturen stabilisiert. Die Auseinandersetzung damit beginnt erst jetzt. Hier müssen wir Basisarbeit leisten und daran wollen wir uns mit dem EFBI beteiligen.



PROF. DR. OLIVER DECKER, CLARA SCHLIESSLER 2021

SCHLIESSLER: Abseits von großen Städten werden die zivilgesellschaftlichen Gruppen von den kommunalpolitischen Strukturen auch oft allein gelassen. Dadurch wird ihnen das Engagement erschwert, gerade dort, wo es starke rechte Strukturen gibt. Vor allem Sachsen ist zum Beispiel beliebt bei völkischen Siedlungsprojekten, weil es ihnen hier noch zu oft viel zu leicht gemacht wird.

Es scheint, Sie nehmen vor allem rechte Strukturen in den Blick. Sehen Sie die Demokratie noch von anderen Seiten bedroht?

SCHLIESSLER: Der Generalbundesanwalt Peter Frank sagte erst kürzlich, die größte Bedrohung der deutschen Demokratie ist der Rechtsextremismus. Ich würde aber auch fragen, ob es vorrangig wirklich um Extremismus gibt. Man könnte die Einstellungen und Tendenzen, die Demokratie und Zivilgesellschaft bedrohen, auch konkret benennen: Autoritarismus, Rassismus, Antisemitismus und Antifeminismus beispielsweise. Das finde ich sinnvoller, weil unsere Untersuchungen, wie zum Beispiel die Leipziger Autoritarismus Studien, immer wieder zeigen, dass diese Einstellungen nicht nur bei Extremisten, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft zu finden sind.

DECKER: Bei dem, was wir machen, würde ich generell nicht von Extremismusforschung sprechen. Der Extremismusbegriff findet in der Forschung nur wenig Verwendung, er ist vor allem durch das Bundesamt für Verfassungsschutz geprägt. Inwiefern das für die Sicherheitspolitik berechtigt ist, darüber muss man streiten. In jedem Fall ist es kein Konzept, nach dem wir unser Forschungsfeld unterteilen. Uns interessieren die Dynamiken in einer Gesellschaft, die die Demokratie bedrohen. Die Gesellschaft ist aber nicht vom Rand aus bedroht. Gefährlich wird es, wenn große Teile der Gesellschaft antiliberalen und antidemokratischen Einstellungen teilen.



UNSERE NAMENSGEBERIN

ELSE FRENKEL-BRUNSWIK

Die Psychoanalytikerin Else Frenkel-Brunswik leistete durch ihre Pionierarbeit für die berühmten Studien zur Autoritären Persönlichkeit einen beachtlichen Beitrag zur psychoanalytischen Sozialpsychologie.

Else Frenkel-Brunswik wurde am 18. August 1908 als Else Frenkel in Lemberg, dem heutigen Lwiw (Ukraine), geboren. Sie war die zweite von drei Töchtern von Abraham und Helene Frenkel. Die jüdische Familie siedelte in Folge von antisemitischen Pogromen 1914 nach Wien über, wo Else Frenkel aufwuchs, nach der Matura ein Studium der Mathematik und Physik begann und bald ein Studium der Psychologie anschloss.

WERDEGANG UND IMMIGRATION

Anschließend war sie am Institut für Psychologie im Forschungsbereich „Autobiographische Forschung“ bei Charlotte und Karl Bühler als Assistentin beschäftigt. In dieser Zeit absolvierte sie zudem eine Weiterbildung zur Psychoanalytikerin. Mit dem Beginn der Naziherrschaft in Österreich floh Else Frenkel 1938 in die USA und begann an der University of California in Berkeley ihre Tätigkeit als Senior Lecturer am Institute of Child Welfare sowie als wissenschaftliche Psychologin und Psychotherapeutin am Cowell Memorial Hospital. Im selben Jahr heiratete sie den ebenfalls aus Wien emigrierten Psychologen Egon Brunswik.

DIE ENTDECKUNG DER AUTORITÄREN PERSÖNLICHKEIT

In den USA erforschte Else Frenkel-Brunswik vorwiegend den modernen Antisemitismus und war maßgeblich an den ab 1944 in Berkeley durchgeführten „Studies in Prejudice“ beteiligt. Sie leitete neben dem Sozialphilosophen Theodor W. Adorno, dem Sozialpsychologen Nevitt Sanford und dem Psychiater Daniel J. Levinson die Studien „The Authoritarian Personality“. Obwohl diese Studien ein Meilenstein der Forschung und bis heute für die Sozialforschung ein wichtiger Orientierungspunkt sind, blieben die bedeutsamen Beiträge Else Frenkel-Brunswiks, insbesondere ihre qualitative Forschung, weitgehend unbeachtet.

FORSCHUNG AUS TRADITION

Else Frenkel-Brunswik gehörte der ersten Generation an Frauen an, der eine Karriere an der Universität möglich war, dennoch wurde sie aufgrund ihres Geschlechts nie zur Professorin berufen. Mit der Benennung des Instituts schließen wir an die von ihr mitbegründete Tradition der Vorurteilsforschung an, die sich auf quantitative und qualitative Zugänge zur Gesellschaft und ein psychoanalytisches Verständnis der Sozialpsychologie stützt.

THE AUTHORITARIAN PERSONALITY

In der 1950 erschienen Studie „The Authoritarian Personality“ (dt. „Studien zum autoritären Charakter“) definierten Theodor W. Adorno, Else Frenkel-Brunswik, Daniel Levinson und Nevitt Sanford eine Reihe von Kriterien zur Definition von Einstellungen und Persönlichkeitseigenschaften, die ein Potential für antidemokratische und faschistische Einstellungen und Verhaltensweisen bilden können. Der von den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern identifizierte Persönlichkeitstyp lässt sich durch neun Merkmale definieren, von denen sie annahmen, dass sie maßgeblich durch Kindheitserfahrungen geprägt werden. Zu diesen Merkmalen gehören Konventionalismus, ein Hang zur autoritären Unterwerfung sowie zur autoritären Aggression, Ablehnung des Subjektiven, Aberglaube und der Glaube an Stereotype, das Verlangen nach Macht und Härte, Destruktivität und Zynismus, emotionale Projektion und übertriebene Sorge um Fragen des Geschlechts. Die Studie gilt als Meilenstein

der Persönlichkeitstheorie und der Sozialpsychologie. Als ausgebildete Psychoanalytikerin prägte Else Frenkel-Brunswik maßgeblich die Durchführung der für die Studie notwendigen Befragungen, indem sie Persönlichkeitsvariablen und den familiären Hintergrund mit einer Reihe von Interviewstudien untersuchte. Bereits als Assistentin von Charlotte und Karl Bühler hatte sie die Autobiographieforschung maßgeblich mitbegründet, die untersucht wie Menschen der Abfolge verschiedener Ereignisse in ihrem Leben im Nachhinein einen Sinn verleihen. Else Frenkel-Brunswik gilt bis heute als wichtige Vertreterin einer kritischen Sozialpsychologie. Um an diese Tradition anzuschließen, hat das Else-Frenkel-Brunswik-Institut sie als Namensgeberin für seine Forschung gewählt.

GRIT HANNEFORTH VOM KULTURBÜRO SACHSEN

Das EFBI stellt an dieser Stelle regelmäßig seine Kooperationspartner aus der Zivilgesellschaft vor und stellt ihnen Fragen über ihre Arbeit. Den Auftakt macht Grit Hanneforth, Geschäftsführerin des Kulturbüros Sachsens, das seit vielen Jahren Bevölkerung und Kommunen im Freistaat über Akteure und Strukturen der extremen Rechten informiert.

Seit wann gibt es das Kulturbüro Sachsen und welche Ziele verfolgt es?

Das Kulturbüro Sachsen arbeitet seit 2001 gemeinsam mit Menschen in sächsischen Dörfern und Städten an der Stärkung einer lebendigen, demokratischen Zivilgesellschaft und wird im Juli 2021 20 Jahre alt. Die Menschenrechte sind unsere Orientierung. Unser Motto „Uns interessieren Veränderungen“ ist die Basis, auf der wir einen Beitrag zu einer emanzipatorischen Gesellschaft in Sachsen leisten wollen. Diese Vision leitet unsere Überlegungen und unser Handeln im Alltag.

Unsere Angebote sind parteipolitisch und religiös unabhängig. Sie richten sich an alle Menschen, insbesondere auch Verwaltung, Religionsgemeinschaften, Jugend- und Bildungseinrichtungen, Initiativen und Bündnisse, deren Anliegen wir mit ihnen gemeinsam weiterentwickeln. Im besten Falle entstehen dabei lokale Strategien und Konzepte. Analysen und Recherchen zur extremen Rechten und neurechten Entwicklungen im Bundesland sind ein Markenkern unserer Arbeit. Die Ergebnisse fließen in unsere Beratung ein und sind die Grundlage für unsere Bildungsangebote.

Wie wird die Zusammenarbeit zwischen dem Kulturbüro und dem EFBI gestaltet werden? Welcher Mehrwert ergibt sich aus der Zusammenarbeit?

Wir freuen uns sehr, dass in Sachsen das EFBI gegründet worden ist. Seit vielen Jahren sehen wir einen Bedarf für Transfer zwischen Wissenschaft und Praxis in Sachsen. Dringend benötigt werden aus unserer Sicht Situationsanalysen der extremen Rechten und neurechter Strömungen, ebenso wie eine wissenschaftliche Begleitung von zivilgesellschaftlicher Arbeit und ein Monitoring von Einstellungen in der sächsischen Bevölkerung. Gerne stellen wir dem EFBI unsere 20-jährige Expertise in Lokal- und Regionalanalyse, Beratung und Netzwerkarbeit zur Verfügung, vom Land bis in die Dörfer, die wir gerne mit den wissenschaftlichen Expertisen des EFBI verbinden und diskutieren möchten.

Gleichzeitig freuen wir uns, dass das EFBI eine psychosoziale Beratung für Initiativen anbietet, die in Krisensituationen von Bündnissen, Netzwerken und



GRIT HANNEFORTH, 2021

Initiativen in Anspruch genommen werden kann. Toll wäre es auch, wenn das EFBI in einzelnen sächsischen Kommunen, die ein oder andere umfassende Sozialraumanalyse umsetzen würde. Da fallen uns einige Orte ein, in denen das sehr sinnvoll wäre.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Zivilgesellschaft in Sachsen?

Ich wünsche mir vom EFBI, dass die wissenschaftliche Arbeit dazu beiträgt, die Notwendigkeit und die Rolle der Zivilgesellschaft in Sachsen – insbesondere auf dem Land – mit wissenschaftlichen Analysen zu untersetzen. Dabei könnten einerseits auch zivilgesellschaftliche Perspektiven deutlicher gemacht werden und andererseits diese in die wissenschaftlichen Analysen und Präsentationen des EFBI einfließen. Insbesondere ist es mir ein Anliegen, dass die Perspektive von Menschen mit Migrationserfahrung in Sachsen gestärkt wird, da diese Perspektive oft noch marginalisiert ist.

Langfristig wünsche ich mir ein wachsendes Verständnis dafür, dass eine staatlich unabhängige Zivilgesellschaft in einer Demokratie kein Projekt ist, sondern elementarer und dauerhafter Bestandteil sein muss. Die kritische Reflexion staatlichen Handelns durch die Zivilgesellschaft trägt mit dazu bei, dass ein freier, demokratischer Rechtsstaat auch ein solcher bleibt. Diese Rolle wollen wir gemeinsam mit anderen auch in Zukunft gern annehmen.

PSYCHOSOZIALE BERATUNG FÜR KOMMUNEN UND ZIVILGESELL- SCHAFTLICHE ORGANISATIONEN

Das EFBI entwickelt ein Beratungsangebot für politisch und zivilgesellschaftlich engagierte Gruppen, Kommunen, und Organisationen. Ziel ist es, die Ermächtigung und Erweiterung der Handlungsfähigkeit durch psychosoziale Kompetenzstärkung und Begleitung von Reflexionsprozessen zu erhöhen.

INHALTE UND ZIELE

Politisch oder zivilgesellschaftlich arbeitende Gruppen, Initiativen und Kommunen sind alltäglich mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert. Neben externen Faktoren, wie bspw. der Finanzierung der Arbeit, bestehen auch psychosoziale Herausforderungen.

Die Beratung von politisch aktiven Gruppen, insbesondere mit dem Fokus auf Ermächtigung und Handlungsfähigkeit durch psychosoziale Kompetenzerhöhung, ist ein prominentes Feld der Intervention des Else-Frenkel-Brunswik-Institut. Dieses Beratungsangebot verbindet sich mit der partizipativen Forschung, weil die Arbeit mit den Gruppen auch an den Schwierigkeiten einer politischen Arbeit ansetzt.

Wir sehen Konflikte dabei als unvermeidbaren und potentiell sogar hilfreichen Teil des Miteinanders in Gruppen. Sie können die Arbeit durch ihr kritisches Potential produktiv weiterbringen. Allerdings besteht die Gefahr, dass festgefahrene Konflikte, Widersprüche, die sich aus der politischen Arbeit ergeben, und Konflikte mit dem Umfeld auch dazu führen, dass die Handlungsfähigkeit und politische Wirksamkeit der eigenen Arbeit eingeschränkt wird. Das kann Resignation zur Folge haben, die Mühen scheinen sinnlos, die Motivation sinkt, das Engagement droht einzuschlafen oder es kommt zur Spaltung der Gruppe.

Unsere Beratungsarbeit setzt an diesen Schwierigkeiten politischer Arbeit an.

ABLAUF / RAHMEN

Die Arbeit des Teams am EFBI ist psychoanalytisch und systemisch orientiert. Am Anfang steht das Angebot einer Situations- und Ressourcenanalyse der jeweiligen Gruppe. So soll die Beratung bei der Entwicklung und Formulierung der eigenen Beratungsziele assistieren. Hieraus kann eine gemeinsame (Weiter-)Entwicklung der Gruppenziele resultieren. Auch können im weiteren Prozess die geteilten Erfahrungen in der jeweiligen Gruppe hinsichtlich ihrer künftigen Entwicklung bearbeitet werden.

ZIELGRUPPE

Das Beratungsangebot ist offen für politisch oder zivilgesellschaftlich aktive Gruppen, die sich in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt sehen und zur Klärung die Arbeit in der Gruppe reflektieren wollen.

TEAM UND AUSRICHTUNG

Die Beratung erfolgt durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des EFBI, die sich in Weiterbildung zum Gruppenpsychoanalytiker, zur tiefenpsychologischen und/oder psychoanalytischen Psychotherapeutin oder zur systemischen Therapeutin und Beraterin an zertifizierten Ausbildungsinstituten befinden.

Das Beratungsangebot ist kostenlos.

KONTAKT

Bei Interesse oder Fragen schreiben Sie eine Mail an: efbi@uni-leipzig.de